

Mitbestimmung stärken

Mindestlohn oder Rente mit 63: 2014 haben die Gewerkschaften einiges erreicht. Das sei kein „Grund zur Selbstzufriedenheit“, betonte der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann bei der Jahrespressekonferenz. Es blieben genügend „Baustellen“, auf denen gearbeitet werden muss.

Zukunftsthemen. Die Arbeit der Zukunft zu gestalten, wird 2015 Leitmotiv des DGB sein. Digitalisierung, demografische Entwicklung und Globalisierung haben die Arbeitswelt bereits enorm verändert, erklärt Reiner Hoffmann. Dieser Prozess werde sich fortsetzen. Zu seiner Gestaltung müssten die Gewerkschaften „neue Akzente“ setzen. Mitbestimmung müsse erweitert, und Belastungen müssen abgebaut werden. Arbeitszeiten sollten sich künftig stärker an den Bedürfnissen der Beschäftigten orientieren. Der DGB will 2015 einen intensiven Diskurs mit seinen Mitgliedern, der Politik und wichtigen gesellschaftlichen Gruppen über die Arbeit der Zukunft anstoßen. Es gelte, so Hoffmann, den Fokus auf Chancen zu legen und gleichzeitig Risiken zu minimieren. Chancen hat, wer über eine gute Bildung verfügt. Das setzt Investitionen in allen Bildungsbereichen voraus.

Angesichts der Globalisierung der Arbeit ist eine enge Zusammenarbeit mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) für den DGB unerlässlich. Auf dem EGB-Kongress im Oktober „wollen wir uns neu positionieren“, erklärt der DGB-Vorsitzende. Ein zentrales Thema auch für Europa ist dabei die „Offensive Mitbestimmung“. Plänen der EU-Kommission, die Mitbestimmung beispielsweise über die „Ein-Personen-Gesellschaft“ auszuhebeln, werden sich die Gewerkschaften widersetzen. Zum Thema Europa gehören die



„Die Arbeit der Zukunft gestalten wir!“ ist das DGB-Motto für den 1. Mai 2015. Von Mitbestimmung über die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben bis zu Investitionen in Bildung zeigen weitere Plakatsmotive, was verbessert werden muss.

geplanten Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA: „Das werden wir genau beobachten. Wir wollen keine weitere Liberalisierung, sondern fairen Handel.“

Ziel der Gewerkschaften ist nach wie vor eine neue Ordnung der Arbeit. „Mindestlohn und Rente mit 63 waren nur erste Schritte“, so Hoffmann. Die Gewerkschaften erwarteten 2015 weitere – wie „flexiblere Übergänge in Rente, ein Mitbestimmungsrecht bei Leiharbeit und Werkverträgen und die überfällige Reform der Minijobs“. Für gute Arbeit ist eine hohe Tarifbindung unverzichtbar. Den Gesetzgebungsprozess zu dem von der Bundesregierung geplanten Tarifeinheitsgesetz wird der DGB federführend für die acht Mitgliedsgewerkschaften begleiten. Der DGB werde sich für dringend notwendige Verbesserungen einsetzen, bekräftigt Hoffmann. Oberste Leitlinie sei, das DGB-Prinzip „Ein Betrieb, ein Tarifvertrag“ umzusetzen. ●

Mehr zum Thema auf den Seiten 2, 3 und 5

• INHALT

- 3 Tarifeinheit**
DGB mischt sich ein
- 5 Mitgliederentwicklung**
Täglich 840 Neueintritte
- 7 TTIP-Verhandlungen**
Nur mit Arbeitnehmerrechten

Mehr Arbeitslose

ILO-Prognose. Wachsende Ungleichheit und hohe Arbeitslosigkeit sind die Trends, die die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) für die Zukunft prognostiziert. Bis 2019 werde die Zahl der arbeitslosen Menschen weltweit von 201 auf 212 Millionen steigen, so die ILO. Besonders treffen wird es junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren. Derzeit liegt die globale Jugendarbeitslosenquote bei 13 Prozent. Ein „hohes Risiko für soziale Unruhen“ sieht ILO-Generalsekretär Guy Rider aufgrund der wachsenden Einkommensunterschiede. Weitere Veränderungen, so die Prognose, gibt es bei den Qualifikationen. Hoch- und geringqualifizierte Arbeitskräfte werden am stärksten nachgefragt. Erheblich geringere Chancen haben künftig mittlere Qualifikationen. ●

www.ilo.org

• PLUS/MINUS

+ Dank des schuldenfreien Haushalts sieht der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion **Johannes Kahrs** „Spielräume“. So seien „kurzfristige Investitionen in die Infrastruktur“ möglich. Ziel der SPD sei zudem, ArbeitnehmerInnen zu entlasten.

– Das schuldenfreie Haushaltsjahr 2014 ist für **Norbert Barthle** (CDU), haushaltspolitischer Sprecher der Unionsfraktion, Ansporn, künftig ohne Schulden auszukommen. Deswegen gebe es über das „angekündigte milliardenschwere zusätzliche Investitionsprogramm keine Spielräume“.

• IM NETZ

www.surfer-haben-rechte.de
Umfassendes Portal der Verbraucherzentrale Bundesverband über Rechte und Pflichten von Internetnutzern

Vorgaben für die öffentliche Hand

Vergaberecht. Das Bundeswirtschaftsministerium hat seine „Eckpunkte“ zur Reform des Vergaberechts vorgelegt. Der DGB bewertet positiv, dass einige gewerkschaftliche Forderungen in den Änderungen aufgegriffen wurden: So soll künftig gelten, dass bei öffentlichen Aufträgen die Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmerentendengesetz und allgemein verbindliche Tarifverträge einzuhalten sind. Allerdings beschränkt sich die aktuelle Vorlage auf den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn.

„Das ist nicht ausreichend“, kritisiert DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell. Der gesetzliche Mindestlohn sei schließlich nur eine absolute Lohnuntergrenze. Schon heute liegen einige Bundesländer erfreulicherweise mit den vergabespezifischen Mindestlöhnen in ihren Tariftreugesetzen über dem Stundenlohn von 8,50 Euro. „Wir hätten uns gewünscht, dass das Eckpunktepapier explizit klarstellt, dass es den Ländern

vorbehalten bleibt, weitergehende Vorgaben für die öffentliche Auftragsvergabe eigenständig zu regeln.“

Zufrieden ist der DGB mit der Regelung zur Datensvorsorge. Kommunen können demnach frei wählen: Wenn sie die Leistung selbst erbringen wollen, muss das Vergaberecht nicht angewendet werden. Es greift erst dann, wenn der öffentliche Auftraggeber entscheidet, diese Leistung von einem privaten Auftragnehmer erbringen zu lassen.

Eine weitere Forderung der Gewerkschaften für den Bereich der sozialen Dienstleistungen war, bei der Vergabe den Anbieter zu berücksichtigen, der nicht nur das beste Preis-Leistungs-Verhältnis vorweist, sondern Qualitäts- und Nachhaltigkeitskriterien erfüllt. Bis zur Verabschiedung des Gesetzes, die für Ende 2015 eingeplant ist, könnte noch nachgebessert werden. ●

! www.bit.ly/EckpunkteVergabe

Nicht akzeptabel

Rassismus. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann hat sich auf der Jahrespressekonferenz von „Rechtsextremen und Rechtspopulismus“ distanziert, die unter dem „Deckmantel Pegida“ versuchten, die Menschen für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Die Gewerkschaften würden weiterhin zu Gegendemonstrationen aufrufen. Zeichen gegen Rechts setzt der DGB auch mit seiner Gelbe-Hand-Aktion. Hoffmann betont: „Menschen brauchen Sicherheit, dann sind sie auch weniger anfällig für rechtspolitische Parolen“. ●

Bildungspolitik: Ziele verfehlt

Die soziale Schieflage ist bei weitem nicht behoben. Der Essener Bildungsforscher Klaus Klemm hat für den DGB untersucht, welche Ziele, die sich die Bundesregierung auf ihrem Bildungsgipfel 2008 gesetzt hat, tatsächlich erreicht wurden. „Wichtige Versprechen wurden nicht eingelöst“, lautet das Fazit, das die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack aus der Studie zieht. Noch immer ist die Quote der SchulabbrecherInnen zu hoch, die versprochene Halbierung nicht erreicht. Dies gilt ebenso für die Quote junger Erwachsener, die ihre Ausbildung vorzeitig beenden. Auch bei der finanziellen Ausstattung liegt die Bundesregierung hinter ihren eigenen Zielen: Bis 2015 sollten die Bildungsausgaben bei zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegen. Aktuell liegt die Quote bei sieben Prozent. „Die vermeintliche Bildungsrepublik bleibt ein sozial gespaltenes Land“, stellt Hannack fest. Sie fordert eine „neue Bildungsstrategie“.

● TELEGRAMM

Deutliche Abschlüsse mussten die BezieherInnen von Erwerbsminderungsrenten hinnehmen. Nach Angaben der Bundesregierung waren 2013 von 176 000 Menschen mit einer Erwerbsminderungsrente 170 000 betroffen. Durchschnittlich lag die Minderung bei zehn Prozent.

Die Datenschutz-Grundverordnung der Europäischen Union soll noch in diesem Jahr beschlossen werden, schätzt der zuständige EU-Kommissar Günther Oettinger (CDU). Bei seinem Besuch im Bundestagsausschuss für Recht und Verbraucherschutz räumte er ein, dass das Schutzniveau „knapp unterhalb“ der deutschen Regeln liegen könnte.

Beteiligung erwartet

Investitionen. Der DGB begrüßt das geplante EU-Investitionsprogramm. Um die von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker geplanten 315 Milliarden Euro zu erreichen, genügt es nicht, für den Fonds 21 Milliarden Euro aus vorhandenen Programmen umzuwidmen. Der Fonds braucht eine breitere Grundlage. Der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann fordert die Bundesregierung auf, sich entsprechend an dem Fonds zu beteiligen. Dies gelte ebenso für die anderen Mitgliedstaaten. ●

● IM BLICKPUNKT

Die Pendler-Aktionen des DGB zum Mindestlohn waren ein voller Erfolg. Bundesweit waren am 12. Januar Tausende GewerkschafterInnen unterwegs, um Beschäftigte über das neue Mindestlohngesetz zu informieren und für die **DGB-Mindestlohn-Hotline 0391/4088003** zu werben, darunter der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann sowie die Gewerkschaftsvorsitzenden Michaela Rosenberger (NGG) und Robert Feiger (IG BAU). Die Resonanz bei den Aktionen an über 270 Verkehrsknotenpunkten in ganz Deutschland war gut, der Informationsbedarf groß. Das zeigt sich auch an der Mindestlohn-Hotline (Seite 3).

Derweil häufen sich die Forderungen aus dem Unionslager, das Mindestlohngesetz aufzuweichen und etwa auf die Dokumentation der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden bei Minijobbern zu verzichten. Der DGB lehnt das kategorisch ab. „Mit Bürokratie-Abbau lässt sich in Deutschland fast alles rechtfertigen. Aber eine Einschränkung der Dokumentationspflicht wäre kein Abbau von Bürokratie, sondern ein Spiel mit dem Feuer“, erklärt DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell. Schließlich ginge es um die Einkommen von Menschen, die mit jedem Cent rechnen müssten. Verlangt wird lediglich, dass Beginn und Ende der Arbeitszeit festgehalten werden sollen.



Arbeitgeber tricksen

Der Bedarf nach Beratung in Sachen Mindestlohn ist enorm. Mehr als 4200 Ratsuchende haben sich in den ersten drei Wochen nach Start an die **DGB-Hotline 0391/4088003** gewandt.

Mindestlohn-Hotline. Es sind vor allem Minijobber, die von Problemen bei der Umsetzung des Mindestlohns berichten. Das reicht vom Angebot des Chefs, neue Verträge mit geringerer Stundenzahl – bei gleicher Arbeitsleistung – abzuschließen, bis zur Frage an eine Zeitungszustellerin, ob es im Haushalt nicht eine/n unter 18 gibt, auf die oder den der Vertrag umgeschrieben werden könnte – verbunden mit dem Hinweis: „Wer die Zeitung austrägt, ist uns egal.“ Auch Naturalien wurden angeboten, um den Mindestlohn zu verrechnen. So berichtete eine Mitarbeiterin aus einem Solarium, dass ihr nur sechs Euro in bar, der Rest in „Bräunungsgutscheinen“ ausgezahlt werden sollen. Andere AnruferInnen erzählen, dass Spätzuschläge, Weihnachts- oder Urlaubsgeld mit dem gesetzlichen Stundenlohn von 8,50 Euro verrechnet werden. All das entspricht nicht dem Gesetz. DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell warnt Arbeitgeber vor Strategien, den Mindestlohn zu umgehen: „Das könnte teuer werden.“ Es drohen Geldbußen bis zu 500 000 Euro.

Auch viele Arbeitgeber und Steuerberatungsbüros rufen die DGB-Hotline an, um zu erfahren, wie sie den Mindestlohn korrekt abrechnen. Der DGB stellt klar: Diese Hotline ist für die Erstinformation der Beschäftigten da. Wer Gewerkschaftsmitglied ist oder wird, erhält zudem von der zuständigen Gewerkschaft individuelle Rechtsberatung. Arbeitgeber müssen sich an ihre Verbände oder die Hotline vom Bundesarbeitsministerium wenden.

Wenn Ende Januar die ersten Lohnabrechnungen im neuen Jahr vorliegen, wird sich zeigen, ob die Arbeitgeber ihrer Pflicht nach dem Mindestlohngesetz nachkommen. Nach dem Gesetz haben sie dann noch bis Ende Februar Zeit, zu korrigieren. Erst dann besteht



Foto: DGB/Claudia Falk

Die MitarbeiterInnen des Magdeburger Callcenters Facts informieren Beschäftigte montags bis freitags von 7 bis 20 Uhr und samstags von 9 bis 16 Uhr über den Mindestlohn.

ein Rechtsanspruch auf den Mindestlohn. Das Gesetz garantiert auch, dass ArbeitnehmerInnen bis zu drei Jahre nach Fälligkeit nicht gezahlten Lohn einfordern können. Um die tatsächlichen Arbeitsstunden belegen zu können, rät der DGB den Beschäftigten, selbst eine Liste darüber zu führen. ●

Arbeitszeitnachweis nach dem Mindestlohngesetz:

! www.bit.ly/milo.pdf

Verfahren begleiten

Tarifeinheit. Mit dem Gesetzentwurf zur Tarifeinheit hat sich die Bundesregierung zu dem DGB-Prinzip „Ein Betrieb, ein Tarifvertrag“ bekannt. „Der DGB wird sich weiter für notwendige Verbesserungen einsetzen“, erklärt der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Gegenüber dem Referentenentwurf enthalte die Kabinettsvorlage bereits Verbesserungen, etwa Klarstellungen zum Betriebsbegriff oder dazu, wie bei Tarifkollisionen die Mehrheitsverhältnisse festgestellt werden. Der DGB habe von allen DGB-Gewerkschaften den Auftrag, die laufende Gesetzgebung zu begleiten. Uneins seien sich die Gewerkschaften darüber, inwieweit das Gesetz auf einen Eingriff ins Streikrecht hinauslaufe. Die Debatte unter den Gewerkschaften zeige, dass der DGB eine demokratische Organisation ist. ●

IG Metall: Fokus auf industrielle Dienstleistungen

Positive Mitgliederentwicklung, solides Vermögen: Mit viel Rückenwind geht die IG Metall in die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie. In den nächsten Monaten setzt sie einen „Schwerpunkt auf den Bereich der industriellen Dienst-

leistungen“. „Wir werden nicht tatenlos zusehen, wenn Arbeitgeber vor starken Industriegewerkschaften in für sie günstigere Tarifbereiche flüchten“, erklärt Detlef Wetzel, Erster Vorsitzender der IG Metall.



Fotos: DGB (7), Simone M. Neumann (2)



Kritiklose Medien

NSU-Morde. Der erste Mord des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) liegt mittlerweile fast 15 Jahre zurück. Zehn Jahre – zwischen 2000 und 2011 – machten sich Tages- und Wochenzeitungen zum Sprachrohr der Ermittlungsbehörden bei ihren Berichten über die Morde der rechtsradikalen Gruppe. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie der Otto-Brenner-Stiftung „Das Unwort erklärt die Untat“. Das Autorenteam untersuchte anhand von 300 Beiträgen und 290 Bildern in der deutsch- und türkischsprachigen Presse die Berichterstattung über die Morde.

Weitgehend kritiklos wurden die Informationen der Ermittlungsbehörden übernommen: „Die polizeilichen Quellen genossen Autorität und Glaubwürdigkeit, ihre Deutungsmuster und Mutmaßungen wurden nicht oder nicht konsequent hinterfragt“, heißt es in der Studie. Gleichzeitig wurden auch die Opfer stigmatisiert. Als im Herbst 2011 bekannt wurde, dass die NSU für diese Verbrechen verantwortlich war, gab es auch selbstkritische Analysen von JournalistInnen. Unter anderem schrieb Arno Widmann in der Frankfurter Rundschau: „Wir haben also mit den Augen der Ermittlungsbehörden hingesehen. Das ist nicht unser Job.“ Die AutorInnen räumen in ihrer Studie ein, dass für diese weitgehend unkritische Berichterstattung auch fehlende Recherche-Ressourcen der Redaktionen verantwortlich sind. ●

www.bit.ly/NSU_Presse



● INTERREGIO ●

Rund 3,6 Millionen Menschen nutzen in der Metropolregion Berlin-Brandenburg täglich den öffentlichen Personennahverkehr. Doch wie sieht die Zukunft des ÖPNV aus? Eine Frage, der der **DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg** gemeinsam mit ver.di, der EVG und der TU Berlin auf einer **Tagung** am 9. März in Berlin nachgehen will. Unter dem Motto „Mit Bus und Bahn in die Zukunft?“ diskutieren ExpertInnen aus Gewerkschaften, Politik und Wissenschaft über Mobilität im Großraum Berlin.

www.berlin-brandenburg.dgb.de/-ledN

Eine „durchwachsene Bilanz“ **attestiert** der **DGB-Bezirk Hessen-Thüringen** der schwarz-grünen Landesregierung in Hessen nach einem Jahr an der Macht. Die Bezirksvorsitzende Gabriele Kailing kritisiert das hessische Tarifreue- und Vergabegesetz als eines der schlechtesten in Deutschland. Konfliktpotenzial sieht Kailing zudem im möglichen Stellenabbau oder in einer Nullrunde bei der Bezahlung im öffentlichen Dienst. Positiv sei, dass das Projekt „Faire Mobilität“ 2015 wieder durch den Landeshaushalt mitfinanziert werde.

Die **DGB-Region Mühlheim-Essen-Oberhausen** lädt ab 26. Januar zu einer **Ausstellung** mit Aquarellen des kubanischen Künstlers Antonio Guerrero ein. Seine Werke sind während seiner mehrjährigen Haft in einem US-Gefängnis entstanden. Gemeinsam mit weiteren Kubanern soll er an Agententätigkeiten in den 1990er Jahre in Florida beteiligt gewesen sein. Die Ausstellung ist bis zum 12. Februar zu sehen.

www.bit.ly/dgb_mueeo

Mit einer **Veranstaltungsreihe** zum Equal Pay Day (20. März) machen **DGB Niedersachsen, IG BCE** und die Friedrich-Ebert-Stiftung Druck beim Thema Gleichstellung. Unter dem Motto „Wie schließen wir die Lohnlücke?“ findet am 4. Februar in Hannover die Auftaktveranstaltung statt.

www.bit.ly/epd_ns

Gegen Fremdenhass und Rassismus

Solidarität. Am 12. April 1945 haben sich die Häftlinge des KZ Buchenwald selbst befreit. 70 Jahre später erinnert die Lagergemeinschaft Buchenwald-Dora/Freundeskreis e.V. an das Ende der Verfolgung. In einer Erklärung wendet sich das Bündnis aus aktuellem Anlass gegen ein Wiederaufflammen von Fremdenhass und Rassismus. Der Freundeskreis fordert eine solidarische Gesellschaft und warnt vor den Folgen von sozialem Abstieg und Ausgrenzung. Nach wie vor gelte der Gründungsschwur, den die Häftlin-

ge nach ihrer Befreiung ablegten: „Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ Auf der Gedenkfeier am 12. April soll an die Ziele der Lagergemeinschaft gedacht werden. Rassismus und Faschismus seien allerdings nicht allein eine „deutsche“ Angelegenheit, sondern die Gefahr durch ultrarechte Kräfte bestehe europaweit. Deshalb seien alle Antifaschisten aufgefordert, sich international stärker zu vernetzen und gemeinsam Aktionen durchzuführen. ●

www.kz-buchenwald.de

Mitgliederrekord und Jubiläum

ACE. Mit einem Mitgliederrekord startet der Auto Club Europa in das neue Jahr. Rund 600 000 Menschen waren Ende 2014 Mitglied in dem 1965 vom DGB gegründeten Verein. Mehr als 49 000 Beitrittserklärungen sind im vergangenen Jahr eingegangen. Das entspricht einer Steigerung von 27 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Damit hat der ACE seine Position als zweitgrößter Autoclub in Deutschland rechtzeitig zum Jubiläumsjahr 2015 ausgebaut. ACE-Sprecher Rainer

Hillgärtner betont: „Es gibt ein gehöriges Potenzial kritischer Verbraucher sowie Autofahrer, die dem Marktführer ADAC neuerdings mit gewisser Distanz begegnen; das alles zusammen hat den ACE ein gutes Stück nach vorn gebracht.“ Der ACE wolle auch künftig das Image als moderner, demokratischer Verein mit Bodenhaftung bewahren. Mit einem großen Fest feiert der ACE am 16. Juli in München seine Gründung im Jahr 1965. ●

www.ace-online.de

Pink stinkt

Geschlechterrollen. Frauen kümmern sich um den Haushalt, Männer fahren schnelle Autos – so oder ähnlich sieht die Welt auch heute noch in vielen Werbefilmen aus. Mit einer Online-Kampagne fordert die Initiative „Pink stinks“ Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) auf, gegen sexistische Werbung vorzugehen. Ziel ist es, das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb zu erweitern. Als diskriminierende Werbung sollen etwa Fotos oder Werbeszenen gelten, in denen weibliche Körper oder Körperteile ohne Produktbezug als Blickfang eingesetzt werden. Unterstützt wird die Aktion von den DGB-Frauen. Die Initiative setzt sich seit einigen Jahren für ein kritisches Medienbewusstsein ein. ●

www.werbung.pinkstinks.de

Hilfe für syrische Flüchtlinge

Hunderttausende Familien sind in Syrien und im Irak auf der Flucht. Mitglieder der türkischen Lehrgewerkschaft Egitim Sen versorgen die Flüchtlinge mit Essen und warmer Kleidung. Um sie zu unterstützen, bittet die GEW um Spenden. Die Gelder gehen an den von der GEW getragenen Heinrich-Rodenstein-Fonds, der sie weiterleitet.

Spendenkonto:

Heinrich-Rodenstein-Fonds, SEB Bank Frankfurt/Main
IBAN: DE97 5001 0111 1707 2747 00, BIC: ESSEDE5F
Stichwort: Flüchtlingshilfe Türkei

Täglich 840 neue Mitglieder

Die Mitgliederzahlen der DGB-Gewerkschaften sind 2014 geringfügig um 0,6 Prozent zurückgegangen. Drei Gewerkschaften, die IG Metall, die GEW und die GdP, konnten 2014 ein Mitgliederplus erzielen.

Mitgliederentwicklung. Ende 2014 zählten die DGB-Gewerkschaften insgesamt 6 104 851 Mitglieder. Gegenüber dem Vorjahr ging die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder um 0,62 Prozent zurück. Die Gewerkschaften haben aber nicht an Attraktivität verloren. „Täglich sind im letzten Jahr 840 Menschen in eine der acht DGB-Gewerkschaften eingetreten“, erklärt der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann. Keine andere gesellschaftliche Großorganisation könne solche Zahlen vorweisen. Insgesamt konnten im vergangenen Jahr die DGB-Gewerkschaften über 300 000 neue Mitglieder werben. Mit der GEW (+ 0,83 %), der GdP (+ 0,42 %) und der IG Metall (+ 0,15 %) sind drei DGB-Gewerkschaften auch im Saldo nach Abzug der Abgänge im Plus.

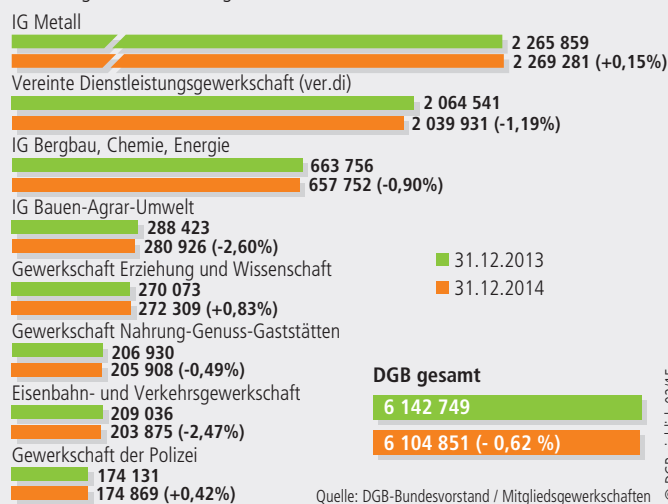
Die IG Metall hat über 110 000 neue Mitglieder gewonnen. Auch bei der EVG, deren Mitgliederzahl insgesamt zurückgegangen ist, ist die Zahl der Neumitglieder höher als die der Austritte: Über 7000 Bahn-Beschäftigte sind 2014 in die EVG eingetreten, rund 4800 ausgetreten. Dass die Mitgliederzahl der EVG dennoch gesunken ist, liegt vor allem an dem hohen Altersschnitt in der Mitgliedschaft und an den Folgen des Personalabbaus bei der Bahn AG. Die Neueintritte können die Verluste durch Renteneintritt, Tod und Austritt noch nicht kompensieren.

Ursache für die Stagnation bei den Mitgliedszahlen ist auch der Strukturwandel. „Wenn ganze Branchen wie der Steinkohlebergbau verschwinden, sind Mitgliederverluste die Folge“, so Hoffmann. Neue Beschäftigung entstehe häufig in Bereichen, in denen die Gewerkschaften eher schwach sind. Die Gewerkschaften arbeiteten intensiv daran, das zu ändern.

Entgegen dem Gesamttrend ist die Zahl der jungen Gewerkschaftsmitglieder erneut leicht gewachsen. Beispiel IG Metall: Mit einem Plus von 1,3 Prozent sind nun gut 230 000 unter 27-Jährige in der Gewerkschaft organisiert. Die IG Metall bleibe damit „die größte politische Jugendorganisation der Republik“, so Detlef Wetzels, Erster Vorsitzender der IG Metall. Auch die IG BCE war 2014 bei der Mitgliederwerbung unter den Auszubildenden so erfolgreich wie in den vergangenen Jahren. Zwei von drei Jugendlichen des aktuellen Ausbildungsjahrgangs sind bereits Mitglied. Insgesamt sind gut 520 000 Gewerkschaftsmitglieder jünger als 27 Jahre. Ihr Anteil an der Gesamtmitgliedschaft ist auf 8,4 Prozent gestiegen. Für den DGB-Vorsitzenden Rei-

Drei Gewerkschaften im Plus

DGB-Mitgliederentwicklung 2013 – 2014



ner Hoffmann ist das eine „gute Tendenz“, wenn auch noch nicht ausreichend. Eine Schwierigkeit sei, dass der Nachwuchs seltener über eine duale Ausbildung in das Berufsleben einsteigt. Die Hälfte der Berufseinsteiger kommt über den universitären Bereich. „Wir müssen unsere Präsenz an den Hochschulen verbessern“, so Hoffmann.

Zum vierten Mal in Folge kann die IG Metall eine positive Mitgliederbilanz vorweisen. „Das Ergebnis bestätigt, dass wir trotz zunehmender Individualisierung der Arbeitsgesellschaft mit einer zeitgemäßen Gewerkschaftsarbeit die unterschiedlichen Bedürfnisse der Beschäftigten treffen“, erklärt Detlef Wetzels. Bereits im siebten Jahr ist es der GEW gelungen, ein Mitgliederplus zu erreichen. „Wir freuen uns, dass insbesondere sehr viele junge PädagogInnen eintreten“, erklärt die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe.

Basis einer erfolgreichen Betriebs- und Tarifpolitik ist der Anteil der erwerbstätigen Mitglieder. Der ist zwar insgesamt um 0,26 Prozent gesunken, in vielen Gewerkschaften aber trotz Mitgliederrückgang gestiegen – bei der NGG zum achten Mal in Folge. Der Anteil der Erwerbstätigen an der gesamten Mitgliedschaft macht nun über 80 Prozent aus. „Das belegt, dass unsere Arbeit in den Betrieben eine hohe Wertschätzung erfährt, und das erhöht unsere Schlagkraft weiter“, erklärt NGG-Vize Burkhard Siebert. Auch ver.di kann bei den erwerbstätigen Mitgliedern mehr Eintritte (100 670) als Austritte (85 556) verbuchen. 76,14 Prozent der ver.di-Mitglieder stehen mitten im Berufsleben (2013: 75,98 %). Um insgesamt wieder mehr Mitglieder zu gewinnen, will ver.di „2015 die Präsenz in den Betrieben und Dienststellen weiter ausbauen und neue Wege in der Mitgliederwerbung erproben“, so der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske.

Immer weiblicher

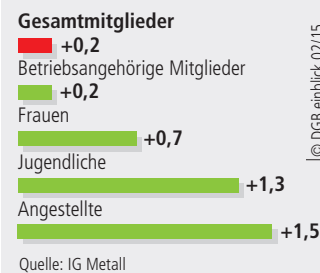
Personengruppen. Die Gewerkschaften können nicht nur bei der Jugend, sondern auch bei den Frauen punkten. Dieser Trend zeichnet sich bereits jetzt ab, auch wenn noch nicht alle detaillierten Auswertungen der Mitgliedszahlen vorliegen.

So konnten die beiden größten DGB-Gewerkschaften, die IG Metall und die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, jeweils den Anteil der Frauen in der Mitgliedschaft erhöhen. Die IG Metall hat gegenüber 2013 die Zahl ihrer weiblichen Mitglieder um 0,7 Prozent auf jetzt 402 850 verbessert. Der Frauenanteil von ver.di ist von 51,3 auf 51,5 Prozent gestiegen.

Große Erfolge bei der Gewinnung von Frauen für die Gewerkschaft konnte auch die Gewerkschaft der Polizei (GdP) erzielen. Bei der GdP ist jetzt knapp ein Viertel der Mitglieder weiblich. Von 2000 bis 2014 hat die Gewerkschaft ihren Frauenanteil von rund 15 auf nun 23,5 Prozent gesteigert. Mit über 41 000 weiblichen Mitgliedern sind die Frauen jetzt stärkste Personengruppe in der GdP – vor der Jugend und den Senioren.

Wachstum bei Jugendlichen und Angestellten

Veränderungen in der Mitgliedschaft der IG Metall in 2014 gegenüber dem Vorjahr (in Prozent)



Besonders viele neue Mitglieder konnte die IG Metall bei den unter 27-Jährigen, den Angestellten und den Frauen gewinnen.

— ● KURZ & BÜNDIG —

GEW Die GEW erhält für ihren Entwurf eines reformierten Wissenschaftszeitvertragsgesetzes Unterstützung aus der Politik. Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) bezeichnet es als „indiskutabel“, dass mehr als die Hälfte aller WissenschaftlerInnen befristet beschäftigt sind. Sie unterstützt die zentrale GEW-Forderung, wissenschaftliche Daueraufgaben nicht über Zeitverträge zu regeln.

NGG Gemeinsam mit anderen europäischen Gewerkschaften hat die NGG eine Sozialcharta für die europäische Milchindustrie vereinbart. Die Bündnispartner fordern unter anderem, gewerkschaftliche Grundrechte und die Organisationsfreiheit in der Milchwirtschaft einzuhalten. Prekäre Beschäftigungsformen wie Leiharbeit sollen zurückgedrängt werden.

GdP Die GdP begrüßt die geplanten Maßnahmen zur Terrorabwehr. So soll deutschen Islamisten für begrenzte Zeit der Personalausweis entzogen werden. Der GdP-Vorsitzende Oliver Malchow kritisiert aber, dass es auch weiterhin keine Vorratsdatenspeicherung geben soll.

EVG Die EVG hat die Aufsichtsratswahlen in 19 Gesellschaften der Deutschen Bahn AG, unter anderem DB Vertrieb und S-Bahn Berlin, klar gewonnen. Mehr als 91 Prozent aller Aufsichtsratsmandate gingen an die EVG. Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) bekam nur drei Prozent der Stimmen. Zu vergeben waren 68 Mandate; 62 gewann die EVG, vier freie Listen und zwei die GDL. Das Wahlergebnis sei ein deutliches Zeichen der Beschäftigten gegen eine Spaltung der Belegschaft, so der stellvertretende EVG-Vorsitzende Klaus-Dieter Hommel.

ver.di ver.di setzt sich dafür ein, die Altenpflege dauerhaft attraktiver zu machen. „Wer es ernst meint mit der Aufwertung der Altenpflege, muss sich für ein bundeseinheitliches, verbindliches Personalbemessungsverfahren in der ambulanten und stationären Pflege einsetzen“, betont ver.di-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler. Gleichzeitig müssten die Einkommen deutlich angehoben werden.

Pilotprojekte in den USA und Ungarn

IG Metall. Die IG Metall arbeitet künftig enger mit ausländischen Schwestergewerkschaften zusammen. In den Südstaaten der USA wird die deutsche Gewerkschaft gemeinsam mit der amerikanischen Autogewerkschaft UAW ein Büro eröffnen. Dieses „Organizing Center“ soll helfen, die Belegschaften in den dortigen Zweigwerken deutscher Automobilhersteller gewerkschaftlich zu erschließen.

Ein ähnliches Pilotprojekt ist in Ungarn geplant, erklärte Detlef Wetzels, Erster Vorsitzender der IG Metall Mitte Januar in Frankfurt/Main. „Wir müssen Wertschöpfungsketten im internationalen Kontext

denken“, sagte er. „Deshalb werden wir die Internationalisierung unserer Gewerkschaftsarbeit verstärken.“ Um Arbeitsplätze und Arbeitsstandards zu sichern, müsse die IG Metall „dem Unterbietungswettbewerb gemeinsam mit unseren Schwestergewerkschaften im Ausland begegnen“.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit soll in Form „gewerkschaftlicher Joint Ventures“ geschehen. Das bedeutet, dass die Pilotprojekte in den USA und Ungarn von der IG Metall und ihren ausländischen Schwestern gemeinsam finanziert und als gleichberechtigte Partner getragen werden. ●

— ● IN AKTION —



Foto: IG BAU

Im Kampf gegen sachgrundlose Befristungen setzt die IG BAU unter dem Motto „Faire Arbeit Jetzt!“ auf kreative Aktionen. In Badeanzug und Schwimmhose wiesen GewerkschafterInnen der IG BAU Berlin-Brandenburg in Templin (Brandenburg) auf den Missbrauch von befristeten Jobs im Gebäudereinigerhandwerk hin. Ihre unmissverständliche Botschaft: „Befristungen sind für'n Arsch.“ Neueinstellungen ohne Befristung gibt es in der Gebäudereinigung kaum noch. Die IG BAU kritisiert, dass viele Arbeitgeber sachgrundlose Befristungen nutzen, um ihre Beschäftigten gefügiger zu machen.

— ● NACHGEFRAGT —

Das Online-Modeunternehmen Zalando hat jetzt einen Betriebsrat nach europäischem Recht. Warum der nur ein „Feigenblatt“ ist, erklärt der ver.di-Handelsexperte Stefan Najda.



Foto: ver.di

„Der neue Betriebsrat nach europäischem Recht bei Zalando ist nur ein Feigenblatt. Von wirklicher Mitbestimmung kann keine Rede sein. Die Wahl war mehr ein Casting, bei dem nur Mitarbeiter eine Chance hatten, die der Unternehmensleitung gewogen sind. Kritische Kandidaten außerhalb der Führungsebene hatten keine Chance. So verwundert es nicht, dass

der Betriebsratsvorsitzende als Manager für die Geschäfte in Skandinavien zuständig ist. Sein Stellvertreter ist Teamleiter im Logistikzentrum in Erfurt. Leitende Angestellte haben in einem Betriebsrat nichts verloren. Nur am Standort Brieslang gibt es bisher einen Betriebsrat nach deutschem Recht. Dabei ist mehr Mitbestimmung dringend notwendig – und zwar nach dem Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG). Für Betriebsräte gibt es viel zu tun. Zalando ist bisher nicht durch gute Arbeitsbedingungen aufgefallen.

Es ist höchste Zeit, dass die Beschäftigten neben Informations- und Anhörungsrechten nach dem EU-Recht auch Mitbestimmungsrechte erhalten, etwa beim Arbeits- und Gesundheitsschutz. Zudem haben Betriebsratsmitglieder laut BetrVG Kündigungsschutz. Leider gibt es in Deutschland mehrere Fälle von Zalando-Kollegen, die sich für einen Betriebsrat aussprachen und kurz darauf ihren Job verloren. Es ist höchste Zeit, dass sich das Unternehmen seiner Verantwortung stellt.“ ●

Gewerkschaft macht glücklich

US-Studie. Gewerkschaftsmitglieder sind mit ihrem Leben zufriedener als Menschen, die nicht Mitglied einer Gewerkschaft sind. Das fanden die US-Wissenschaftler Patrick Flavin und Gregory Shufeldt heraus. Für ihre Studie werteten sie Erhebungen zur Lebensqualität in den USA aus zwei Jahrzehnten aus. Der Einfluss einer Gewerkschaftsmitgliedschaft auf die Zufriedenheit sei beträchtlich und übersteige andere übliche Faktoren für gute Lebensqualität, so ihr Fazit. Gewerkschaftsmitglieder erlebten größere Befriedigung bei der Arbeit und verspürten eine höhere Arbeitsplatzsicherheit. Ihnen böten sich zahlreiche Möglichkeiten zur sozialen Interaktion und Integration, und sie profitierten von den Vorteilen der Teilhabe an demokratischen Prozessen. ●

! www.bit.ly/us_studie_gew

Nur mit Arbeitnehmerrechten

Bernd Lange (SPD), Berichterstatter des Europäischen Parlaments für das Freihandelsabkommen TTIP, erläutert im Einblick-Interview den aktuellen Stand der TTIP-Verhandlungen, die Bedeutung von Arbeitnehmerrechten und warum er intransparente Schiedsstellen ablehnt.

Wie ist der Stand der Verhandlungen?

■ Im Moment herrscht Stillstand. Wir haben ein- einhalb Jahre miteinander verhandelt. Nun ist klar, in welchen Bereichen man sich verständigen kann und wo nicht. Im Automobilbereich vielleicht, im Chemiebereich, wo die Gesetzgebung in der EU und den USA sehr unterschiedlich ist, wird es schwierig. Deswegen ist jetzt die Zeit, Bilanz zu ziehen und zu schauen, wo wir hinwollen.

Gibt es Fortschritte?

■ Bisher wurden eigentlich nur Positionen ausgetauscht. Zum Beispiel bei den Zöllen, die im Schnitt relativ gering sind, aber es gibt ein paar Ausnahmen. So wird der VW-Bus nicht als PKW mit 2,5 Prozent Zoll eingestuft, sondern als landwirtschaftliches Fahrzeug mit 25 Prozent Zoll. Da gab es bisher keine vernünftigen gegenseitigen Angebote. Im Bereich der Landwirtschaft geht es u.a. um Herkunftsbezeichnungen wie dem Nürnberger Rostbratwürstchen.

Wie schätzt du die neue Transparenz-Initiative der EU-Kommission ein?

■ Die Bedeutung der Transparenz haben wir im Parlament immer betont. Die Handelspolitik beeinflusst unser gesellschaftliches Leben und die wirtschaftlichen Beziehungen. Es ist mehr als notwendig, das öffentlich zu diskutieren. Dass Regierungen hinter verschlossenen Türen etwas aushandeln, gehört auf den Müllhaufen der Geschichte. Das Verhandlungsmandat hätte sofort veröffentlicht werden müssen. Das ist in Tarifverhandlungen ja auch so. Die neue Kommission hat eine andere Haltung eingenommen als die alte. Jetzt müssen wir darauf achten, ob wirklich alle Dokumente veröffentlicht werden.

Ist das denn jetzt der Fall?

■ Ein Streitpunkt ist im Moment das Angebot im Bereich Dienstleistungen. Das ist ein sensibler Bereich. Es gibt Bereiche, in denen Verhandlungen über Erleichterungen sinnvoll sind, zum Beispiel für Architekten oder für Ingenieure. Es gibt aber auch Bereiche, in denen auf keinen Fall eine Liberalisierung verhandelt werden kann – etwa im Gesundheitssektor, bei den öffentlichen Dienstleistungen und den Dienstleistungen im allgemeinen Interesse. Meine Position ist, die öffentlichen und gemeinwohlorientierten Dienstleistungen aus den Verhandlungen rauszunehmen. Deswegen muss das Dienstleistungsangebot der EU schnell veröffentlicht werden.

Bietet TTIP denn auch Chancen?

■ Es stärkt industrielle Arbeitsplätze in Europa, weil die Wertschöpfungsketten stabiler werden. Diese Effekte müssen gerecht verteilt werden. Man kann aber sicherlich nicht sagen, dass TTIP deutliche Wachstumsimpulse bringen wird. Handelsabkommen haben homöopathische Wirkung in bestimmten Sektoren.

Wie steht es um Arbeitnehmerrechte, Umwelt- und Sozialstandards?

■ In einer globalisierten Welt brauchen wir klare Regeln. Sozialdemokratische und auch gewerkschaftliche Handelspolitiker wollen mit fairen Regeln ungezügelter Wettbewerb verhindern. Arbeitnehmerrechte und Umweltstandards sind entscheidende Kriterien für ein gutes Abkommen. Es ist unerlässlich, dass kollektive Arbeitnehmerrechte gerade in den Südstaaten der USA respektiert werden. Es darf nicht sein, dass ein Unternehmen aus Mississippi mit einem Durchschnittslohn von sechs Euro – ohne Arbeitnehmerrechte, ohne Betriebsrat – mit einem Unternehmen in Deutschland konkurriert. Wir werden nur zu einer Einigung gelangen, wenn Arbeitnehmerrechte verbindlich festgeschrieben werden.

97 Prozent der BürgerInnen-Eingaben zum Investorenschutzabkommen (ISDS) an die EU waren negativ. Überrascht dich das?

■ Das Ergebnis habe ich erwartet. Die Kritikpunkte an diesem alten Instrument, das noch fast postkolonial ist, liegen klar auf dem Tisch. Ich finde es aber enttäuschend, dass die Kommission keine Konsequenzen daraus zieht, sondern nur die Kritikpunkte wiederholt, die schon bekannt sind. Das hilft nicht weiter. Wir werden im Europaparlament eine Resolution zu ISDS formulieren, um unsere Position klarzumachen.

Ist es realistisch, ISDS noch aus TTIP herauszuverhandeln?

■ Das ist durchaus eine realistische Option. ISDS ist politisch und wirtschaftlich nicht notwendig. Das Land in der EU mit den meisten amerikanischen Investitionen im Verhältnis zum BIP ist Irland, das kein einziges Abkommen mit ISDS-Regeln abgeschlossen hat. Das zeigt, diese Regeln sind nicht signifikant notwendig für Investitionen. Es gibt auch in den USA starke Kräfte, die kein ISDS wollen. Die Gewerkschaften dort sind dagegen, aber auch die Demokratische Partei.

Und wie sieht es bei dem europäischen-kanadischen Handelsabkommen CETA aus?

■ Es gibt den Rohentwurf von CETA. Da wird jetzt das Feintuning betrieben. Das wird bis Herbst dauern. Diese Zeit sollte man nutzen, um noch mal an das ISDS-Kapitel heranzugehen. Das Parlament wird einen klaren Hinweis an die Kommission und den Rat geben, dass ein unverändertes CETA nicht zustimmungsfähig ist.

Muss TTIP von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden?

■ Das ist normalerweise eine juristische Bewertung am Ende des Verhandlungsprozesses. Unabhängig davon bin ich bei CETA und bei TTIP der Meinung, dass man sie als gemischte Abkommen sehen und in den nationalen Parlamenten abstimmen sollte. ●



Foto: SPD

Bernd Lange, 59, ist mit Unterbrechungen seit 1994 Europaabgeordneter für die SPD. Von 2005 bis 2009 war er Abteilungsleiter für Wirtschaft, Umwelt und Europa beim DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt. Seit September 2014 ist der Vorsitzende des Handelsausschusses auch Berichterstatter des Europäischen Parlaments für TTIP.

MEHR ZUM THEMA

Ergebnis offen diskutieren

Mitte Januar tagte der TTIP-Beirat, den Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel ins Leben gerufen hatte, zum vierten Mal in Berlin. Ihm gehören 24 VertreterInnen von Gewerkschaften, Wissenschaft, Wirtschaft und Verbänden an. Im Mittelpunkt der Sitzung stand das umstrittene Investitionsschutzkapitel mit seinen intransparenten Schiedsstellen. Diese böten Investoren „unverhältnismäßig starke Rechte“, erklärt DGB-Vorstand Stefan Körzell. Es solle lieber gefragt werden, „welche Pflichten ausländische Investoren zu beachten haben – etwa hinsichtlich der Gewährleistung von Sozial- und Umweltstandards“.

Das Gremium tagte zum ersten Mal, seitdem 14 Mitglieder des TTIP-Beirates im Dezember 2014 ihre Kritik an der Rolle des Beirats geäußert hatten (einblick 1/2015). Zu den Unterzeichnern des Briefes an Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel gehören der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann, DGB-Vorstandsmitglied Stefan Körzell, Detlef Wetzel, Erster Vorsitzender der IG Metall, und der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske.

IM NETZ

www.bit.ly/HBS_BroB

Expertise der Hans-Böckler-Stiftung zur Verfassungsmäßigkeit privater Schiedsgerichte

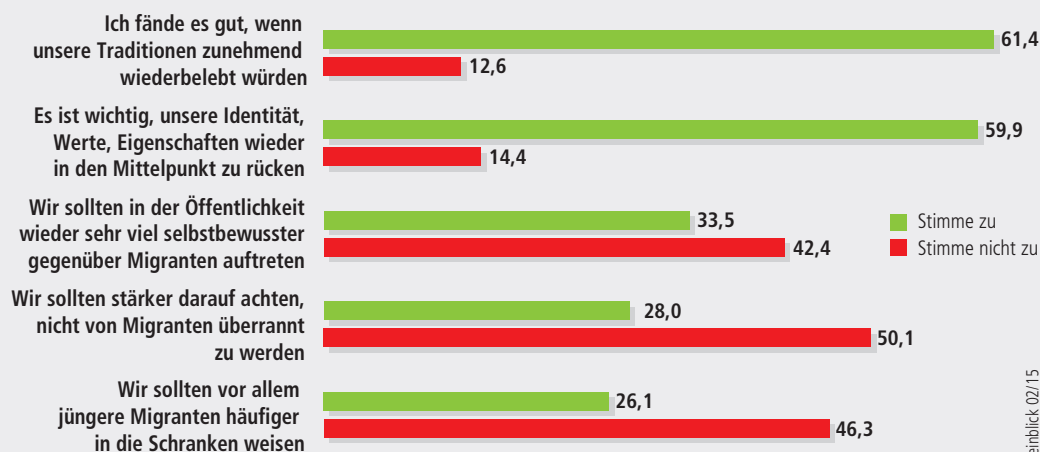
www.einblick.dgb/hintergrund
Langfassung des Interviews

— ● DIE DGB-GRAFIK —

Eine Studie der Universität Bielefeld belegt starke Vorbehalte der Deutschen gegenüber Fremden. So fürchtet fast jede/r dritte Deutsche, von MigrantInnen „übrannt“ zu werden. Gleichzeitig finden es gut 60 Prozent der Befragten richtig, wenn in Deutschland wieder mehr Wert auf Tradition, Identität und deutsche Eigenschaften gelegt wird. Sie fordern, Einwanderern gegenüber wieder selbstbewusster aufzutreten. Rund 25 Prozent wollen, dass jüngere MigrantInnen stärker als bisher „in die Schranken“ gewiesen werden.

Umfrage: Ein Drittel fürchtet Migration

Zustimmung und Ablehnung von Deutschen ohne Migrationshintergrund zu folgenden Aussagen (in Prozent)



Quelle: Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld 2014

© DGB einblick 02/15

— ● TERMINE —

26.1.
DGB NRW, Diskussion „NRW 2020 – Gute Arbeit und nachhaltige Entwicklung“, u.a. mit NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin, Düsseldorf

Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Vorsicht Arbeit! Zukunft beschäftigt uns“, Berlin

27.1.
Jahrestag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

Bündnis „Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus“, Lesung „Meine Vergangenheit ist schrecklich und sie bringt dir nichts“, Göttingen

DGB und Hans-Böckler-Stiftung, Tagung „Perspektiven der Arbeitsförderung“, Berlin

28./29.1.
Hans-Böckler-Stiftung, Fachtagung „Mitarbeiterkapitalbeteiligung“, Duisburg

29.1.
DGB, Fachtagung „Der Strommarkt der Zukunft – Reformen im Spannungsfeld von guter Arbeit, Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz“, Berlin

Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Rechtspopulismus und Europa-feindlichkeit: in der Mitte angekommen? – Wo stehen wir heute in Europa?“, Bonn

4.2.
Friedrich-Ebert-Stiftung, Diskussion „Equal Pay Day: Ab durch die Decke! Wie schaffen wir Gleichstellung in Arbeit und Gesellschaft? Wie schließen wir Lohnlücken?“, Hannover

— ● PERSONALIEN —

Seit April 2014 ist **Annette Szegfü**, 46, Sprecherin der IG Metall und hat damit das Pressesprecher-Team um Ressortleiterin **Ingrid Gier**, 56, ergänzt. Die Wirtschaftsexpertin war zuvor zwölf Jahre Referentin beim IG Metall-Vorstand. Im Oktober 2014 ist **Christoph Ruhkamp**, 42, als weiterer Sprecher dazu gekommen. Er war davor sechs Jahre Redakteur im Wirtschaftsressort der *Frankfurter Allgemeine Zeitung*.

— ● BUCHTIPP —



Willy Buschak: Arbeit im kleinsten Zirkel – Gewerkschaften im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Klartext-Verlag, 462 Seiten, 39,95 Euro

Die Gewerkschaften gehörten 1933 zu den ersten Opfern des Nazi-Terrors – sie wurden verfolgt und zerschlagen. Trotz Verfolgung und Terror regte sich schon sehr früh der Widerstand aus den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft gegen die Nazi-Diktatur.

Der Historiker Willy Buschak nimmt in seinem Buch „Arbeit im kleinsten Zirkel“ diesen langjährigen Kampf von GewerkschafterInnen gegen die Nazi-Diktatur in den Fokus. Er würdigt in seinem facettenreichen Werk ihren Mut und ihre Risikobereitschaft. Das Buch spannt einen Bogen vom Ende der Weimarer Republik bis zum 20. Juli 1944. Das Buch ist ein zentrales Werk für die Geschichte der Gewerkschaften.

IMPRESSUM einblick erscheint vierzehntäglich **Herausgeber:** DGB **Verlag:** Graewis Verlag GmbH
GeschäftsführerInnen: Anne Graef, Dr. Peter Wilke **Redaktion:** Anne Graef (verantw.), Dr. Lena Clausen, Sebastian Henneke
Redaktionelle Mitarbeit: Udo Böhlefeld, Birgit Böhret, Luis Ledesma
Redaktionsanschrift: Wallstraße 60, 10179 Berlin, Tel. 030/3088 24-0, Fax 030/3088 24 20, Internet: www.einblick.dgb.de, E-Mail: redaktion@einblick.info
Anzeigen: Bettina Mützel, Tel. 030/859946-240, Fax 030/859946-100, E-Mail: bettina.muettel@berlin.de
Layout: zang.design **Infografik:** Klaus Niesen **Druck und Vertrieb:** PrintNetwork Berlin
Abonnements: Änderungen per E-Mail an: abo@graewis.de
 Nachdruck frei für DGB und Gewerkschaften bei Quellenangabe und zwei Belegexemplaren. Alle Anderen nur nach schriftlicher Genehmigung durch den Verlag. Nachdruck von namentlich gezeichneten Artikeln nur nach Genehmigung durch Verlag und Autor.
 HINWEIS: Anzeigeninhalte im einblick geben nicht die Meinung von Redaktion und Herausgeber wieder.

— ● SCHLUSSPUNKT —

„Die Zeiten der Sündenböcke sollten der Vergangenheit angehören. Das hat uns die Geschichte gelehrt.“

Schlagersänger Roland Kaiser am 10. Januar auf einer Protestkundgebung gegen Pegida in Dresden.

Antidiskriminierungsgesetz**Nicht immer Entschädigungsanspruch**

Schreibt ein öffentlicher Arbeitgeber eine Stelle nur für Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit Bedrohte aus, benachteiligt er allein dadurch keine schwerbehinderten Bewerber, die eine Anstellung haben. Er muss sie nicht zum Bewerbungsgespräch einladen.

Der Fall: Die Universität schrieb eine Stelle nur für arbeitslos Gemeldete oder von Arbeitslosigkeit Bedrohte aus, um eine aufstockende Förderung nach dem Altersteilzeitgesetz in Anspruch nehmen zu können. Der fachlich zweifelsfrei geeignete Mann bewarb sich unter Hinweis auf seine Schwerbehinderung und stellte klar, dass er nicht arbeitslos und auch nicht von Arbeitslosigkeit bedroht sei. Daraufhin wurde er im Auswahlverfahren nicht berücksichtigt. Mit seiner Klage verlangte er Entschädigung nach dem Antidiskriminierungsgesetz.

Das Arbeitsgericht: Aus der Tatsache, dass die Stelle eingeschränkt ausgeschrieben war, lässt sich keinerlei Zusammenhang ableiten, dass die Nichtberücksichtigung des Mannes durch die Behinderung motiviert war. Im Übrigen muss ein öffentlicher Arbeitgeber geeignete schwerbehinderte Bewerber zwar grundsätzlich zu einem Vorstellungsgespräch einladen. Geschieht dies nicht, ist das in der Regel ein Anzeichen für eine Benachteiligung wegen der Behinderung. Wird aber ein Bewerber mit Behinderung ausschließlich deshalb nicht zum Vorstellungsgespräch eingeladen, weil er die formalen Voraussetzungen der beschränkten Ausschreibung nicht erfüllt, ist kein Anhaltspunkt mehr für eine Benachteiligung gegeben.

**Arbeitsgericht Kiel,
Urteil vom 19. September 2014 – öD 2 Ca 1194 c/14**

Klageverfahren**Nur bei Rechtsschutzbedürfnis**

Nicht immer besteht ein schutzwürdiges Interesse dafür, ein Gericht anzurufen.

Der Fall: Der Mann hatte von der Rentenversicherung einen vorläufigen Rentenbescheid erhalten, in dem er über die Zeiten auf seinem Rentenkonto informiert wurde. Hiergegen legte der Mann zunächst ohne Begründung Widerspruch ein. Nachdem die Rentenversicherung den Widerspruch zurückwies, erhob der Mann Klage beim Sozialgericht. Im Klageverfahren machte der Kläger nun Zeiten von Schul- und Hochschulbesuchen geltend und legte entsprechende Nachweise vor. Die Rentenversicherung sagte zu, diese Zeiten anzuerkennen, wenn der Kläger dies in einem sogenannten Kontoergänzungsverfahren beantrage. Eines Klageverfahrens bedürfe es nicht. Der Kläger hielt jedoch an seiner Klage fest. Sie wurde abgewiesen.

Das Sozialgericht: Der Mann hat kein Rechtsschutzbedürfnis für die Klage. Eine gerichtliche Sachentscheidung kann nur verlangen, wer ein schützenswertes Interesse verfolgt. Besteht eine Möglichkeit, ein Recht außerprozessual durchzusetzen, gibt es keinen Anlass, die Hilfe des Gerichts zur Verfügung zu stellen. Deswegen besteht der allgemeine Grundsatz, dass niemand die Gerichte unnützlich in Anspruch nehmen darf, zum Beispiel weil ein einfacherer Weg zur Verfügung steht. In diesem Fall hat die Rentenversicherung auch zu erkennen gegeben, dass sie die Fehlzeiten in einem neuen Verfahren berücksichtigt. Es bedarf daher nicht der gerichtlichen Hilfe, da ein einfacherer Weg – das Kontoergänzungsverfahren – offen steht.

**Sozialgericht Mainz,
Gerichtsbescheid vom 21. Oktober 2014 - S 10 R 609/12**

Gesetzliche Krankenversicherung**Zahlt keine Präimplantationsdiagnostik**

Die genetische Untersuchung von Zellen eines nach künstlicher Befruchtung gezeugten Embryos in vitro vor seiner Übertragung in die Gebärmutter wird als Präimplantationsdiagnostik bezeichnet. Dadurch kann das Vorliegen ererbter genetischer Erkrankungen festgestellt werden. Die Kosten für eine Präimplantationsdiagnostik werden von der gesetzlichen Krankenversicherung nicht getragen.

**Bundessozialgericht,
Urteil vom 18. November 2014 - B 1 KR 19/13 R**

Arbeitnehmerüberlassung**Kein Abbau von Plusstunden**

In einem Leiharbeitsverhältnis ist es dem Verleiher untersagt, auf dem Arbeitszeitkonto eines Leiharbeitnehmers Arbeitszeiten nicht zu berücksichtigen, weil er den Leiharbeitnehmer zu anderen Zeiten nicht bei einem Entleiher einsetzen konnte. Das Risiko des Verleihers, den Arbeitnehmer nicht einsetzen zu können, darf nicht auf den Leiharbeitnehmer verlagert werden.

**Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg,
Urteil vom 17. Dezember 2014 – 15 Sa 982/14**

Unfallversicherungsschutz**Auch im Hochschulsport**

Studentinnen und Studenten an Hochschulen stehen grundsätzlich auch dann unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung, wenn sie an einem von der Universität als Hochschulsport angebotenen Skikurs im Ausland teilnehmen. Auch während der Teilnahme mit der Universitätsmannschaft an einer Hochschulmeisterschaft besteht Unfallversicherungsschutz.

**Bundessozialgericht,
Urteile vom 4. Dezember 2014 - B 2 U 13/13 R und B 2 U 10/13 R**

Paketdienst**Zuschläge für Nachtarbeit**

Für Dauernachtarbeit im Paketdienst ist ein Nachtarbeitszuschlag von 25 v.H. der Bruttovergütung angemessen.

**Landesarbeitsgericht Hamburg,
Urteil vom 9. April 2014 - 6 Sa 106/13**

Sonntagsarbeitsverbot**Gilt schon ab 0:00 Uhr**

Es verstößt gegen Verfassungsrecht, wenn ArbeitnehmerInnen an Sonn- und Feiertagen beschäftigt werden, um nach dem Ladenschluss am vorausgegangenen Werktag um 24 Uhr noch anwesende KundInnen zu bedienen oder Abwicklungsarbeiten vorzunehmen. Es gilt als Regel, dass Sonn- und Feiertage Tage der Arbeitsruhe sind. Ausnahmen sind nur zur Wahrung höher- oder gleichwertiger Rechtsgüter möglich. Dazu zählen nicht das Umsatzinteresse der LadeninhaberInnen und das alltägliche Erwerbsinteresse („Shopping-Interesse“) potenzieller KäuferInnen.

**Bundesverwaltungsgericht,
Beschluss vom 4. Dezember 2014 - 8 B 66.14**